Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

urn:nbn:de:gbv:45:1-59543

Visual Library

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in 1/2 Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VII. Jahrgang. Dienstag, den 13. August 1850. № 65.

Birkenfeld, Juli 1850.

Hätten die Regierungen alle Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung mit der Bereitwilligkeit vollzogen, wie den vom 15. Juli 1848 hinsichtlich der Verstärkung der Kriegsmacht, wahrlich, es stünde heute besser um unser armes zerrissenes Vaterland. —

Auch unsere Regierung blieb hierin nicht zurück und erließ für das Fürstenthum Birkenfeld die Verordnung vom 21. April v. J., welche bekanntlich die Militairdienstpflicht im Verhältniß zu früher sehr erschwerte, indem die Mannschaft nicht allein um ein Viertel vermehrt, so daß aus der bisherigen Compagnie ein Bataillon formirt werden konnte, sondern auch die Präsenzzeit von einem halben Jahre auf anderthalb Jahre erhöht wurde.

Da diese Verordnung auf Grund des Artikels 160. des Staatsgrundgesetzes einseitig von der Staatsregierung erlassen war, so bedurfte dieselbe nach eben diesem Artikel der Zustimmung des nächsten Landtags. Dieser verweigerte solche und wurde denn auch hiernach durch die Verordnung vom 28. Mai l. J. die frühere vom 21. April v. J. wieder aufgehoben. Bis dahin hatte Alles seinen gesetzlichen Gang. — Statt nun diese Verordnung zu vollziehen und den status quo vor dem 21. April v. J. wieder herzustellen, blieb das Bataillon nach wie vor fortbestehen. Dem Befremden, was sich hierüber aussprach, hörte man von Männern von Fach damit entgegentreten, daß ein sofortiges Reduciren mit dem Dienste nicht verträglich sei. — Als aber später statt dessen mit der Organisation des Bataillons vorangeschritten wurde, als die entsprechende Bagage- und Munitionswagen von Oldenburg kamen und endlich sich nun gar der General einfand, um sich von der vollständigen Organisation des Bataillons zu überzeugen, da war mane nttäuscht.

Die größte Entrüstung mußte ein solches Verfahren bei Jedem hervorrufen, der es redlich mit Gesetz und Ordnung und der daraus hervorgehenden wahren Freiheit meint, denn Willkür ist unerträglich, sie mag herkommen, woher sie will. Wir sind begierig, wie die Staatsregierung diesen neuen Act der Gewalt vor dem nächsten Landtag zu rechtfertigen versuchen wird. Daß dieselbe sich jeglichen Boden unter den Füßen wegzieht durch dies offenbare Zuwiderhandeln gegen ihren eignen Erlaß, bedarf kaum der Erwähnung.

Der Schleswig-Holsteinische Krieg.

Es hat mir Spaß gemacht, in Nr. 61 des Beobachters zu lesen, daß die „Neuen Blätter" ungehalten gewesen sind über den Artikel „der Schleswig-Holsteinische Krieg" in der vorhergehenden Nummer. Ich lese die Neuen Blätter selbst nicht, sie sind mir zu ekelhaft, aber gelegentlich aus ihnen zu hören, wenn sie über meine politischen Ansichten ungehalten sind, macht mir Spaß, und wenn sie gar schimpfen und von Unrühmlichkeiten sprechen, so rechne ich mir das zur Ehre.

Was den Ausdruck „Steckenpferd" betrifft, dessen sich die Reactionairs gern bedienen, wenn die Demokraten ihnen ihre alten Sünden vorhalten, so ist er nicht übel gewählt, aber doch nun zu sehr verbraucht. Es soll damit ein kindlich unschuldiges Vergnügen bezeichnet werden. O, daß es dies wäre! Wenn Männer, welche durch ihre früheren liberalen und volksthümlichen Aeußerungen sich das Vertrauen des Volks erworben hatten und zu Volksvertretern in der wichtigsten und heiligsten Sache des Vaterlandes gewählt wurden; und sobald sie gewählt sind, die Maske abwerfen und das grade Gegentheil von dem thun, wozu sie berufen waren, das verdient wahrhaftig wohl eine ernste und öftere Rüge, die nicht mit einem Kinderspielzeug verglichen

Landesbibliothek Oldenburg

und abgefertigt werden kann. Durch dergleichen Manoeuvres wird sich Keiner täuschen lassen. Es sieht ordentlich komisch aus, wenn solche Leute sich für Schleswig-Holstein interessiren; als wenn mit ein paar Thalern ihre Sünden abgebüßt werden könnten! Die Karre wird dadurch nicht aus dem Sumpfe gebracht werden können, in welche ihre Felonie sie geschoben hat.

Auch dem blödsichtigsten müssen jetzt doch wohl die Augen aufgegangen sein, daß die Politik der Gothaer oder, was dasselbe ist, der Frankfurter Ausreißer, eine elende, verkehrte, niederträchtige ist, die Deutschland in die bodenlose Schmach gebracht hat, worin es so versunken ist, daß man kein Mittel mehr sieht, um es herauszubringen. Der unglückliche Schleswig-Holsteinsche Krieg und der noch unglücklichere preußische sogenannte Friede ist davon ein eclatanter Beweis; so daß selbst die preußische ministerielle Reform, wie wir in Nr. 2070 in der Weserzeitung lesen, die Schmach eingestehen muß. Eine Nation von 40 Millionen Menschen sieht es unthätig an, daß ein achtungswerthes Glied dieser Nation, also ein Theil ihrer selbst, von einem kleinen Staate gemißhandelt wird, und muß sich dabei auf fromme Wünsche, Geldsammlungen und Charpiepflücken beschränken; warum? weil unsere fürstlichen Regierungen sich nicht vereinigen können, sondern ihre partikularistischen und dynastischen Zwecke verfolgen. Jener Artikel aus der „Reform" in der Weserzeitung sagt: Preußen hat mit schwerem Herzen, aber gedrängt durch die Isolirtheit, in welche es bei der Theilnahmlosigkeit und den Ränken anderer deutschen Staaten gerathen war, und wobei es alle seine Kräfte gelähmt sah, sich zur Niederlegung des früheren Mandats des deutschen Bundes entschließen zu müssen; mit Wehmuth blickt das preußische Volk in allen Schichten und Klassen, mit Wehmuth blickt der Bürger wie der Soldat auf die Reihen der begeisterten holsteinischen Truppen, welchen die früher geleistete Freundeshülfe den neuen Kampf nicht erspart hat" u. s. w. — Klingt das nicht wie Ironie, wie baarer Spott? Sirenengesang? Sind das nicht Krokodillsthränen? — Auf der einen Seite hat Preußen sich also entschließen müssen, sein von dem seligen deutschen Bunde ihm übertragenes Mandat niederzulegen, wenn es darauf ankam, den Schleswig-Holsteinern durch sein Deutschland rettendes Heer zu Hülfe zu kommen; auf der andern Seite aber sah es sich berufen, sein Mandat zu behalten, um einen schmachvollen sogenannten Frieden zu machen. Ein erbärmlicheres Friedensinstrument ist noch wohl nie gemacht worden, so lange Kriege geführt und Frieden geschlossen worden sind, wie dieses von Usedomsche. Ein Friede, wobei der eine Theil der streitenden Partheien gar nicht gefragt worden ist, und wonach ein unmittelbarer Krieg die Folge sein müßte. Meine Behauptung, daß Schleswig-Holstein in dem Kampfe unterliegen werde, wird jeder ruhige Politiker, der die Lage der Dinge in Deutschland und Europa kennt, theilen müssen, so traurig das auch ist. Wie will dies unglückliche Völkchen, bei aller Tapferkeit und Aufopferung, der Uebermacht, die ihm droht, widerstehen? Mit Dänemark allein würde es noch wohl fertig, so hoffen wir, wenn auch die Schlacht bei Idstedt als verloren betrachtet werden muß; aber was bedeutet die russische Flotte an Schleswig-Holsteins Gestaden? Ist es nicht eine Demonstration, eine Drohung, deutlich genug? Und die deutschen Fürsten, namentlich Preußen, wissen sie nicht die Drohung zu achten? Wenn jener Artikel in der „Reform" diesen Punkt auch wohlweislich mit Stillschweigen übergeht. Man hatte gehofft, England würde die nordische Demonstration durch eine westliche mit einer tüchtigen Flotte paralysiren, aber auch der Leopard reckt seine Glieder und — legt sich nieder.

Ehre und Dank allen Denen, welche dem kleinen unglücklichen Brudervolke durch milde Gaben zu Hülfe kommen, Ehre und Dank besonders den oldenburgischen Officieren, die ihm Blut und Leben anbieten; aber was will's viel helfen? Von 40 Millionen ein paar Dutzend. Die Diplomatie wird sich bald wieder der Sache bemächtigen. Der deutsche Michel, der durch diesen unheilvollen Krieg einen Augenblick aus seiner Lethargie geweckt ist und sich geberdet, als wenn er einen Koller bekommen hätte, wird bald wieder die Schlafmütze über die Ohren ziehen und sprechen: Es ist Schlafenszeit, und Alles ist vorbei.

Lesefrüchte.

Geschwornengericht und verbessertes Gerichtsverfahren besteht nun in fast allen deutschen Staaten. Nur wir entbehren es noch und kommen überhaupt zu nichts. Und warum? Weil unser Ministerium nicht vor dem Landtage bestehen kann, oder der Landtag vor dem Ministerium. Und warum? Es ist ein Wahlgesetz octroyirt, welches seinen Zweck völlig verfehlte; es ist ein Reskript an die Staatsdiener erlassen, welches von Denjenigen, die es erschrecken sollte, nicht beachtet wurde; es ist ein Bündniß abgeschlossen, welches in der Nothtaufe den Namen „Union" erhielt und welches jetzt in den letzten Zügen liegt; und wir haben ein Kavallerieregiment, an dem Niemand Nutzen hat, als einige Herren, welche Offiziersstellen darin bekleiden.

Landesbibliothek Oldenburg

Jetzt wissen wir, woran es liegt, daß Deutschland nicht glücklich geworden und die Union nicht zu Stande gekommen ist. Herr von Radowitz hat es der Gothaer Partei gerade herausgesagt: ihr mangelhafter Gehorsam (!) gegen die preußische Regierung trage allein die Schuld.

Damit wissen wir denn auch, was die verbesserten Wahlgesetze bezwecken: **Volksvertreter mit unbedingtem Gehorsam gegen die Regierung.**

Auch Sachsen-Gotha bezahlt seine Schuld an Schleswig-Holstein, also schon die dritte deutsche Regierung thut darin ihre Schuldigkeit. Will unsere Staatsregierung zurückbleiben? Wohlan, so wollen wir desto mehr thun, um die Ehre zu retten. Oldenburg schuldet über 40,000 ℛ. Sollte die Staatsregierung Bedenken tragen, die Zahluug auf ihre alleinige Verantwortung zu verfügen, oder keine Mittel haben, so wäre das Grund genug, den vertagten Landtag einzuberufen.

Bei der bevorstehenden Wahl zur Synode werden für den **siebenten** Wahlbezirk, dem Amte Burhave, Stollhamm, Seefeld, Atens vorzugsweise als Candidaten vorgeschlagen:

der Hausmann Bargmann zu Eckwarderhammerich und der Lehrer Meyer zu Stollhammerwisch;

einestheils weil Beiden ohne weitere Empfehlung und Andeutung viele Simmen aus dem siebenten Bezirke zufallen werden, und anderntheils, weil es ehrenwerthe, verfassungstreue Männer sind, die zu keiner Verstümmelung des von ihnen mitgeschaffenen Werkes ihre Zustimmung geben werden.

Ziemlich rathlos ist man hier bei der Wahl des geistlichen Mitgliedes für den vierten Wahlkreis. Von den Geistlichen unserer Gegend soll Herr Pfarrer Remmers zu Burhave unzweifelhaft ohne allen Erfolg protegirt werden, dagegen Herr Pfarrer Frisius zu Tossens, welcher ja Gelegenheit haben muß, seinen echt reactionären Kampf von 1849 auszukämpfen, im Stedingerlande dem Vernehmen nach, bedeutende Chancen bei seinen Amtsbrüdern haben.

Herr Pfarrer von Lindern zu Atens ist krank und Herr Pfarrer Lükens, jetzt zu Delmenhorst, wohl nicht wählbar. Als entschieden verfassungstreu sind bekannt: Hellwag zu Goldenstedt, Kolbe zu Neuenburg, Niebour zu Jever.

Erwägt es wohl, Ihr Wähler der Bezirke 7. und 8., wem Ihr Eure Stimmen gebt! Hellwag würde viele Stimmen aus dem siebenten Bezirk haben.

Ein Verfassungstreuer.

Brandunglück.

Heute Morgen (8. August) um 1½ Uhr stand die Meyer'sche Sägemühle in Flammen und wurde davon in kurzer Zeit bis auf den Grund zerstört.

Der Brand blieb auf die Mühle beschränkt, was der günstigen Lage derselben, so wie der thätigen Hülfe, die später durch Benutzung eines Zubringers kräftig unterstützt wurde, zugeschrieben werden muß. Die Regierung mag dies aber nicht als einen Beweis ansehen, daß unsre bestehende Lösch-Einrichtung eine gute sei: im Gegentheil zeigte sich hier trotz des günstigen Terrains, und trotz der Ruhe mit der hier operirt werden konnte, das Mangelhafte derselben.

Um nur eins hervorzuheben, hätte die Spritze Nr. 4 welche später durch den Zubringer aus der Hunte gespeist wurde, wenigstens eine halbe Stunde früher in Thätigkeit sein können; was bei einem Brande in einem dicht bebauten Stadttheile ein Unglück, wie es in Hamburg statt fand, hätte herbeiführen können.

Eine sachkundige Oberleitung bei geordneter Vertheilung der Kräfte, so wie allgemeine Dienstpflicht, sind die wesentlichsten Punkte der „Neuen Lösch-Ordnung".

Wer die Einführung derselben hindert, ladet sich eine Verantwortung auf, die zu tragen der Kräftigste zu schwach ist. 6.

Weises Ersparungssystem unserer Staatsregierung.

Bekanntlich waren allein die Militär-Ausgaben für das Jahr 1850, nach Abzug der Einnahmen, auf 285,780 ℛ veranschlagt. Der Landtag reducirte dieselben um ziemlich 100,000 ℛ, besonders durch Streichung der theilweisen Ausgaben für die Reiterei u. s. w., und setzte davon die Staatsregierung in Kenntniß, wie sich das für den Landtag nach Feststellung eines Budgets gehört. Von Veröffentlichung des vom Landtag festgestellten Budgets weiß die Geschichte noch nichts, trotz dem, daß dies zu den Erfordernissen eines constitutionellen Staates gehört. Aber was gehört nicht Alles dazu! wir wollen hier davon schweigen; wir wollen nur erwähnen, wie man doch endlich daran denkt, zweckmäßige Ersparungen beim Militär anzuwenden, diesem treffenden Krebs am Staatenleben. Die Reiterei soll nicht abgeschafft werden, das sieht und weiß Jedermann, der Augen hat; und wer keine Augen hat, kann sich's an den Fingern abzählen. Dafür soll aber, wie die Fama sagt, eine Reduktion der Infanterie vorgenommen

Landesbibliothek Oldenburg

werden. Wie viel dabei erspart wird, wenn sämmtliche Chargen ihre Versorgung erhalten, auf die wohl Viele gerechten Anspruch haben — und wegjagen wird man sie nicht so ohne Weiteres können — das wird die Staatsregierung am besten wissen, wir glauben wenigstens, daß ganz verflucht wenig erspart werden wird. Der Krieg in Schleswig-Holstein hätte nun die beste Gelegenheit geboten, Offiziere und Unteroffiziere, welche um die Entlassung nachsuchten, auf gute Manier los zu werden. Aber prost Mahlzeit! Der Krieg ist nicht im Sinne der Regierungen und es mußte deßhalb, um gegründete Ursache zur Verweigerung der Entlassungsgesuche zu haben, die Mobilmachung verschiedener Truppencorps hervorgesucht werden. Wo die Truppen verwendet werden sollen, davon weiß die Geschichte wiederum nichts. Aber es ist doch wenigstens der Zweck erreicht, daß den Schleswig-Holsteinern kein Zufluß an Offizieren und Unteroffizieren zu Theil wird, der ihnen vor Allem nöthig war und vielleicht noch wäre, wenn ihre Sache, wie es nachgerade den Anschein hat, nicht einschläft. Also, um wieder auf die Sache zu kommen, man versagte vor kurzer Zeit noch den Offizieren und Unteroffizieren die nachgesuchte Entlassung und jetzt fängt man an zu reduciren und zu pensioniren!! Scheint das nicht eine herrliche Manier zu sein, dem Lande etwas zu ersparen? Wir haben's allerdings noch nicht recht los, wo die Ersparung sitzt, aber wir brauchen's auch nicht zu wissen, wenn's nur die Herren Minister wissen, und die werden's ja wohl wissen. Mit der am Sonntag laut gewordenen Reduction ist durch die Pensionirung der Hauptleute Schmedes, Zeilinger, Schlarbaum und Gether I. und des Majors Noell als Oberstlieutenant, so wie des auf Wartegeld gesetzten Hauptmann Bodecker, noch lauter rüstige und tüchtige Männer, der Anfang gemacht. Die Pensionen fallen dem Lande zur Last, während bei Verabschiedung von Offizieren, die in die Schleswig-Holsteinische Armee übertreten wollen, die oben genannten Männer noch recht gut hätten verwendet und dadurch dem Lande die Pensionen erspart werden können. Im Uebrigen soll sich die Reduction auf Zurückführung von $1\frac{1}{2}$ Procent der Bevölkerung erstrecken: auf 2 Bataillone Infanterie mit einem Reserve-Bataillon und dem Jäger-Bataillon in Birkenfeld (auf 2 Compagnien und 1 Reservecompagnie reducirt), so wie — der Reiterei, bei welcher einige Avancements in Aussicht stehen.

Dem Oberlieutenant v. Warnstedt, ein geborner Holsteiner, welcher neuerdings um seinen Abschied angehalten hat, um nach Schleswig-Holstein zu gehen, ist derselbe verweigert.

Wahl zur Synode.

Mit großer Stimmenmehrheit sind im Wahlbezirk Oldenburg-Osternburg die vom Budjadinger Hof aus vorgeschlagenen Abgeordneten zur Synode gewählt, nemlich zum weltlichen Abgeordneten: **Obergerichtsrath Wibel**; zum geistlichen **Pfarrer Geist**.

Beide hatten, soviel wir vernommen, 400 bis 415 Stimmen, während die von einer anderen Seite aufgestellten Candidaten: Conrector Bartelmann und Pfarrer Greverus, es nur bis zu 170 gebracht haben.

Auch in Osternburg haben Geist und Wibel das Uebergewicht.

Wibel steht für den Wahlbezirk also fest, und auch auf die Wahl Geist's werden die Wahlen in Rastede und Zwischenahn keinen Einfluß mehr üben.

Das wäre vorläufig die Antwort eines Wahlbezirks auf die Artikel, die der „Sogenannte" seit einiger Zeit in Beziehung auf die Kirchenverfassung gebracht hat.

Auch andere Wahlkreise werden die Antwort nicht schuldig bleiben. Sie werden vernehmlich sprechen durch die Wahlen der Herren:

Pfarrer Closter in Zetel;
Pfarrer Riecken in Hatten;
Pfarrverweser Hellwag in Goldenstedt;
Landgerichts-Assessor Drost in Ovelgönne;

Man ist gespannt darauf, welche Wahlkreise den Einen oder Anderen dieser Männer in die Synode abordnen werden.

Die Herren aber, welche mit der freien Kirchenverfassung sich nicht befreunden können, werden, wenn sie Ohren haben zu hören, hören müssen:

Die freie Kirchenverfassung „sollt ihr lassen stahn!"

In der Landgemeinde Oldenburg ist der Obergerichtsrath **v. Wedderkop** als Abgeordneter gewählt. Es fragt sich nun, ob Zwischenahn und Rastede ihn auch wählen werden.

Der Gesellschafter,

schon seit einer Reihe von Jahren als ein nützlicher und unterhaltender Volks-Kalender im Oldenburger Lande bekannt, ist nun zum elften Male als Volkskalender auf das Jahr 1851 bei Gerhard Stalling erschienen und bei allen Buchhändlern und Buchbindern im ganzen Lande **für 8 Gr.** zu haben. Neben den gewöhnlichen Kalender-Nachrichten enthält dieser elfte Jahrgang, der sich wie seine Vorgänger durch eine interessante Mannigfaltigkeit auszeichnet, noch eine große Anzahl unterhaltender und unterrichtender Aufsätze, die hin und wieder mit Holzschnitten versehen sind. Unter der Rubrik: „Die politischen Bewegungen Europas vom 1. Juli 1849 bis 1. Juli 1850" ist so ziemlich Alles in gedrängter Kürze gesagt, was einigermaßen von politischem Interesse ist. Die politischen Bewegungen Deutschlands sind, wie billig, am ausführlichsten besprochen. Ein Notiz-Buch bringt der Gesellschafter umsonst mit.

Redacteur: Wilhelm Calberla. — Schnellpressendruck und Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg.

Landesbibliothek Oldenburg

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in 1/2 Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VII. Jahrgang. Freitag, den 16. August 1850. № 66.

Was das Ministerium will und was das Ministerium kann?

Vom Lande.

Allmälig fängt man denn doch auch bei uns an zu fragen, was denn diese traurige, vollständig unthätige, Nichts schaffende Regierungsweise unsres Ministeriums bedeuten solle, wozu die lange Vertagung des Landtags dem Lande nütze, weßhalb nicht die nach dem Staatsgrundgesetze versprochenen neuen Gesetze gemacht werden, was dieses 6monatliche Schlafen aller Gesetzgebung fruchte?

Das kleine oldenburgische Volk ist geduldig — sehr geduldig, es brauf't nicht auf, es revoltirt nicht, aber es ist auch zähe — recht zähe, und wird sich nicht leicht wieder nehmen lassen, was es hat, oder was ihm versprochen ist. Der Vertagung seines Landtags, zu dem das oldenburgische Volk bisher mit seltener Ausdauer gehalten hat, sah es ruhig und lächelnd zu, wie der Fischer dem Zappeln des Aals, den er an der Angel gefangen hat.

Das Ding dauert aber zu lange; man fragt, was will denn eigentlich das Ministerium, welches Alles über sich ergehen läßt, ohne auch dem Lande gegenüber nur ein Wort über seine An- und Absichten, und wie es seine Pflichten zu erfüllen gedenkt, zu sagen? Ist das recht? ist das zu verantworten für ein konstitutionelles Ministerium?

Nun, wenn das Ministerium schweigt, so lassen Sie uns einmal selbst die Frage beantworten, was es will?

Das Ministerium will sicher Nichts als — Warten, Warten, bis ihm ein deus ex machina, sei es nun von Erfurt, von Frankfurt oder wo sonst her, zu Hülfe kommt, ihm, ohne Verfassungsumsturz, zu dem es selbst offen den Muth nicht hat, ein Geldsacksmahlgesetz, einen gehörigen Militäretat und andere nöthige und löbliche Dinge zum Weihnachten schenkt. Dann will es nach den schönen Reaktionsäpfeln greifen, sich freuen und — alle Welt glücklich machen. Das will das Ministerium, deßhalb erfurterirt es noch immer, deßhalb wird es in Anwendung aller erlaubten kleinen Staatskunststücke, welche in einer konstitutionellen Monarchie nicht fehlen dürfen, — erst den Landtag 6 Monate vertagen, dann am letzten Tage ihn auflösen und — wenn bis dahin nicht Erfurt oder Frankfurt geholfen haben, nach dem jetzigen Wahlgesetze Neuwahlen anordnen, und dann weiter sehen, was zu machen ist. Bis dahin kann's aber ungefähr Weihnachten sein, und dann bekommt man Geschenke.

Das ist, ich bin fest überzeugt, das Programm unseres Ministeriums, soweit es überall einen festen Plan und eine leitende Ansicht bei seinem Handeln hat.

Wäre es anders, hätte das Ministerium haltbare Gründe zu seinem auffallenden Handeln oder richtiger Nichthandeln, warum spricht das Ministerium nicht, warum sprechen die ministeriellen Blätter nicht? Sind dennoch nach der Meinung der Herren Minister solche Gründe vorhanden, so fordern wir sie auf, dieselben einfach und offen dem Lande darzulegen.

Was kann das Ministerium?

Das will ich ihm gerade heraus sagen: Es kann entweder abdanken, oder offen die Verfassung umstürzen und damit seinen Eid brechen. Entweder — oder.

Das jetzige Ministerium des Zögerns, der Unthätigkeit hat nirgend eine Partei im Volke. Das Zögern aber wird ein Ende nehmen müssen, Frankfurt oder Erfurt wird auch nicht helfen, wenigstens diesem Ministerium nicht, welches durch sein schwankendes Benehmen, durch die offenbar von Schwäche zeugende Vertagung des Landtags und sein Nichtsthun bei allen Parteien das Vertrauen gänzlich verloren hat.

Landesbibliothek Oldenburg